

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin,
Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Jüttner neuer Bundesvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes



Dr. Eberhard Jüttner
Jüttner ist neuer Vorsitzender des Gesamtverbandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Er ist Nachfolger von Barbara Stolterfoht, die zum 1. April nach fast sieben Jahren das Amt an ihren bisherigen Stellvertreter abgegeben hat. Jüttner wird das Amt bis zu den turnusmäßigen Vorstandswahlen im März 2008 bekleiden.

Der 67-jährige Humanmediziner ist zu-

dem Vorsitzender des Paritätischen Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Präsidiumsmitglied beim Deutschen Verein und stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe. Beruflich ist er als ärztlicher Gutachter im Bereich Schwerbehindertenrecht beim Versorgungsamt Halle aktiv. Barbara Stolterfoht war nach sieben Jahren als ehrenamtliche Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und vielen Jahrzehnten sozialpolitischen Enga-



gements in den Ruhestand getreten. Die ausgebildete Erzieherin und Politikwissenschaftlerin blickt auf ein ereignisreiches politisches Leben zurück, in dem sie alle Facetten der Sozialpolitik aus unterschiedlichen Blickwinkeln kennen gelernt und in verschiedenen Rollen selbst engagiert mitgestaltet hat: als Sozialministerin in Hessen und als Landtagsabgeordnete, als hauptamtliche Stadträtin für Frauen, Gesundheit und Soziales in Kassel, als erste Frauenbeauftragte in Hessen, als Direktorin des Landeswohlfahrtsverbandes in Hessen und schließlich als Vorsitzende an der Spitze des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. In dieser Funktion war sie zu-

Was wirkt? Auf der Suche nach einer Evidence-Based Social Work Practice

Die Autorin Josefine Meng präsentiert in einem neuen Buch *Evidence-Based Social Work Practice (EbP)* als eine systematische, methodisch ausfeilte Strategie des Wissensmanagements, die entwickelt wurde, um mehr Zielgerichtetheit und Wirksamkeit in der Versorgung zu erreichen. Für die Soziale Arbeit stellt dies das erste umfassende Werk dar, das für den deutschen Sprachraum in die Methodik der Evidence-Based Social Work Practice einführt, die im englischsprachigen bereits etabliert ist.

Evidence-Based Social Work Practice kann eingesetzt werden

- erstens auf der Mirko-Ebene, wenn es darum geht, zu entscheiden, welche Vorgehensweise im Einzelfall die potenziell wirksamste ist, um sie mit dem Klienten abzustimmen,
- zweitens auf der Meso-Ebene, wenn Dienste und Einrichtungen zu entscheiden haben, welche Intervention (a) empirisch nachweislich und (b) aus Sicht von klinischen Experten am besten geeignet ist, um ein Ziel zu erreichen, und
- drittens auf der Marko-Ebene, wenn es darum geht, auf nationalem Niveau danach zu fragen, welche Vorgehensweise(n) nach dem Stand der Kunst am besten geeignet ist/sind, um beispielsweise definierte Gesundheitsziele zu erreichen.

Im Kern wird diese Methodik in allen Disziplinen von der Medizin bis zur Sozialen Arbeit analog angewandt.

Zu den Besonderheiten des Wissensmanagements mittels Evidence-Based Social Work Practice in der Sozialen Arbeit gehört, dass es sich hier um eine Disziplin handelt, deren Forschungstradition in Deutschland eher schwach ausgeprägt und deren Theoriebildung in der Tradition erziehungswissenschaftlicher Sozialpädagogik nicht empirisch generiert ist. Die Autorin bezieht diesen Umstand ein, um den Ausgangspunkt für alle weiteren Überlegungen zu markieren: Evidence-Based Social Work Practice wird in der Sozialen Arbeit über lange Zeit hinweg nicht mit Wirksamkeitsnachweisen auf dem Level eines »Gold-Standards« operieren können, sondern mit der »besten erreichbaren Evidenz«.

Auch dies ist aller Ehren wert und dem Status quo primärer Orientierung an Expertenempfehlungen überlegen, die noch dazu häufig nicht von ausgewiesenen (klinischen) Praktikern stammen. Dieser bescheidenere Erwartungshorizont darf jedoch nicht dazu führen, die Erfordernisse, die hinter Evidence-Based Social Work Practice stehen, zu negieren, und sich gegenüber anderen Disziplinen, die Versorgungsverantwortung tragen und vermehrt auf EbP-Basis agieren, zu absentieren. Dies wäre riskant, weil dann ein Beruf, der für sich den Status einer Fachkraft beansprucht, nicht auf vergleichbarem Level fähig wäre, transparent darzulegen, warum nach dem Wissen der Disziplin in welcher Situation was potenziell als wirksam zu betrachten und zu empfehlen ist — sei es in der Klientenbeziehung, sei es mit Blick auf das Dienstleistungsprofil eines sozial-wirtschaftlichen Unternehmens, sei es im Zuge der Bildung nationaler Versorgungsleitlinien. Der Lehrbuchcharakter tritt in den Kapiteln 4 bis 7 prägnant hervor. In jeder Disziplin, die die Methodik von Evidence-Based Social Work Practice aufgreift, existiert ein Grundlagenwerk, das interessierte Professionsangehörige in die skizzierter Schrittfolge einführt und dabei ein besonderes Augenmerk auf Darlegungen zur Bewertung von Forschungsdaten und Forschungsbefunde legt. Die Autorin kann sich in ihrer Ausarbeitung zum einen auf ein systematisch strukturiertes Verfahren stützen, das international eingeführt ist, zum anderen erörtert sie methodische Varianten auf der Basis einer Rezeption nationaler und internationaler Literatur der Sozialen Arbeit sowie mit transdisziplinärem Zugriff.

Roland Schmidt

Prof. Dr. Roland Schmidt lehrt Gerontologie und Versorgungsstrukturen an der Fachhochschule Erfurt.
E-Mail r.schmidt@fh-erfurt.de

Josefine Meng: Evidence-Based Social Work Practice. Wissenschaftlich fundierte Versorgungspraxis der Sozialen Arbeit. Paulo Freire Verlag, Oldenburg 2006. 359 Seiten. 29,90 Euro. ISBN 3-86585-410-9.

dem zwei Jahre Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636 0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Leinenbach führt DBSH

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) hat einen neuen Vorstand. Die Bundesmitgliederversammlung wählte Michael Leinenbach zum ersten Vorsitzenden des geschäftsführenden Bundesvorstands. Leinenbach ist Abteilungsleiter für Familie und Soziales in der Kreisstadt Saarlouis. Nach über zehn Jahren hatte sich die bisherige erste Vorsitzende, Hille Gosejacob Rolf, nicht mehr zur Wahl gestellt. Zur neuen zweiten Vorsitzenden wurde die Leiterin des Caritaszentrums München Innenstadt, Gabriele Stark Angermeier, gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder wurden Heidi Bauer Felbl, Nadine Hartmann, Frank Mattioli Danker, Friedrich Maus und Harald Willkomm. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit ist mit über 6.000 Erziehern, Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und Heilpädagogen der größte Berufsverband für soziale Fachkräfte.

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V., Friedrich Ebert Straße 30, 45127 Essen, Telefon 0201 82078 0, E-Mail info@dbsh.de, Internet <http://www.dbsh.de>

Europäische Union: Dienstleistungsrichtlinie veröffentlicht

Die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union ist in Kraft getreten. Nachdem das Europäische Parlament am 15. November 2006 den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet hat, hat dieser am 11. Dezember 2006 auch die Zustimmung des Rates der Europäischen Union erhalten. Der Text wurde daraufhin am 27. Dezember 2006 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Um jedoch wirksam zu werden, bedarf es einer Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind verpflichtet, dies innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren zu veranlassen. Das Bundesministerium für Wirtschaft hat angekündigt, für eine schnelle Umsetzung in Deutschland sorgen zu wollen. Gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsentwurf, der noch das umstrittene

Herkunftslandprinzip enthielt, ist der nun verabschiedete Entwurf in wesentlichen Teilen entschärft worden. Die Gesundheitsdienstleistungen und wesentliche Felder der sozialen Dienstleistungserbringung sind ausdrücklich vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen worden. Allerdings bleibt die genaue Reichweite der Ausnahmen weiterhin unbestimmt. Es wird deshalb im weiteren Prozess darauf ankommen, die bestehenden Defizite hinsichtlich der Rechtssicherheit für gemeinnützige soziale Dienste auszuräumen. Die Endfassung der Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union kann kostenlos als PDF-Dokument bei der Redaktion der Blätter der Wohlfahrtspflege angefordert werden (E-Mail pfannendoerfer@nomos.de).

Europäische Parlament, Informationsbüro Deutschland, Vertretung in Deutschland, Unter den Linden 78, 10117 Berlin, Telefon 030-2280-1000, Fax 030 2280-1111, E-Mail epberlin@europarl.europa.eu, Internet <http://www.europarl.de>

Trend zur professionellen Pflege ungebrochen

Es gibt einen deutlichen Trend zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste. Das belegt die aktuelle Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2007. Danach waren im Dezember 2005 rund



2,13 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Das waren rund 52.000 oder 2,5 Prozent mehr als 2003 und 112.000 (5,6 %) mehr als bei der ersten Durchführung der Erhebung im Jahr 1999. Die Mehrheit (82 %) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter; ein Drittel (33 %) 85 Jahre und älter. 68 Prozent der Pflegebedürftigen waren Frauen. Mehr als zwei Drittel (68 % oder 1,45 Millionen) der Pflegebedürftigen wurden im Dezember 2005 zu Hause versorgt. Davon erhielten 980.000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das be-

deutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 472.000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. 677.000 (32 %) Pflegebedürftige wurden in Pflegeheimen betreut. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich weiter ein Trend hin zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten: So ist gegenüber 2003 die Zahl der in Heimen betreuten Pflegebedürftigen um 5,7 Prozent (+ 36.000) und die durch ambulante Dienste Versorgten um 4,8 Prozent (+ 21.000) gestiegen, während die Pflege durch Angehörige beziehungsweise die »reinen« Pflegegeldempfänger um 0,6 Prozent (- 6.000) abnahm. Im Vergleich zu 1999 beträgt der Anstieg in den Heimen 18 Prozent (+ 103.000 Pflegebedürftige), bei den ambulanten Pflegediensten 13,5 Prozent (+ 56.000) und der Rückgang bei den Pflegegeldempfängern 4,6 Prozent (- 47.000). Durch diese Entwicklung sank auch der Anteil der zu Hause Versorgten von 72 Prozent im Jahr 1999 über 69 Prozent (2003) auf nun 68 Prozent aller Pflegebedürftigen. Der Bericht ist kostenlos im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes abrufbar.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail pflege@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

20,8 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes haben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2005 insgesamt 20,8 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben, 0,4 Prozent mehr als im Jahr 2004. Nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen, wurden netto 18,7 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet (+ 1 % gegenüber 2004). Über die Hälfte der Gesamtausgaben (10,9 Milliarden Euro; 53%) wurde, wie schon im Jahr 2004, für den laufenden Betrieb von sowie für Investitionen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und altersgemischte Einrichtungen) ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen in diesem Bereich verblieben für die öffentliche Hand netto 9,6 Milliarden Euro an Aus-

Termine

Interventionsplanung in Fällen von sexueller Gewalt. 2. bis 6. Juli 2007 in Beilngries (bei Ingolstadt). Kursgebühr 255,- Euro. Zentrum Bayern Familie und Soziales — Bayerisches Landesjugendamt, Winzerstraße 9, 80797 München, Telefon 089 1261-2804, Fax 089 12612280, E-Mail poststelle@zbfs-blja.bayern.de, Internet <http://www.blja.bayern.de>

Krisenintervention. Psychosoziale Krisen und psychiatrische Notfälle. 5. und 6. Juli 2007 in Berlin. Teilnahmebeitrag 240,- Euro. Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Telefon 030 280495-0, Fax 030 28049529, E-Mail info@akademie.de, Internet <http://www.akademie.org>

Praxisorientiertes Marketing für Non-Profit-Organisationen. 9. Juli 2007 in München. Teilnahmegebühr 110,- Euro. Institut für Beratung und Projektentwicklung (IBPro), Einsteinstraße 173, 81675 München, Telefon 089 475061, Fax 089 4705920, E-Mail info@ibpro.de, Internet <http://www.ibpro.de>

Soziale Dienstleistungen verkaufen können. 9. und 10. Juli 2007 in Hannover. Kostenbeitrag 190,- Euro im Einzelzimmer mit Vollverpflegung. Zentrum für Erwachsenenbildung Stephansstift. Kirchröder Straße 44, 30625 Hannover, Telefon 0511 5353-609, Fax 0511 5353311, E-Mail info@zeb.stephansstift.de, Internet <http://www.zeb.stephansstift.de>

Organisationen verstehen. Arbeiten mit Diagnoseinstrumenten. 10. bis 12. Juli 2007 in Ludwigshafen. Katholische Akademie für Jugendfragen, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, Telefon 0211 4693-167, Fax 0211 4693120, E-Mail duesseldorf@kath-akademie.de, Internet <http://www.kath-akademie.de>

Humor in der Beratung. 18. und 19. Juli 2007 in Ludwigsburg. Teilnahmegebühr 391,- Euro. Institut für Fort- und Weiterbildung der Evangelischen Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg, Auf der Karlshöhe 2, 71638 Ludwigsburg, Telefon 07141 965-282, Fax 07141 965-237, E-Mail ifw@efj-reutlingen-ludwigsburg.de, Internet <http://www.efh-reutlingen-ludwigsburg.de>

Controlling in der Jugendhilfe. Systematische Darstellung und praktische Anwendung. 13. und 14. August 2007 in Berlin. Teilnahmegebühr 175,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>

Einführungsseminar lösungsorientierte Mitarbeiterführung. 13. bis 15. August 2007 in Bonn. Teilnahmegebühr 310,- Euro. wdöff training & beratung, Estermannstraße 204, 53117 Bonn, Telefon 0228 674663, Fax 0228 680400, E-Mail info@wdoeff.de, Internet <http://www.wdoeff.de>

Fachleistungsstundensystematik im Betreuten Wohnen der Eingliederungshilfe. 14. August 2007 in Wuppertal. Teilnahmebeitrag 120,- Euro. Paritätische Akademie Nordrhein-Westfalen e. V., Loher Straße 7, 42283 Wuppertal, Telefon 0202 2822-0, Fax 0202 2822-233, E-Mail bildung@paritaet-nrw.org, Internet <http://www.akademie.de>

Cool sein ist nicht alles: Jungen in der Jugendarbeit. 27. bis 29. August 2007 in Gelnhausen. Teilnahmekosten 150,- Euro. Burckhardt Haus, Evangelisches Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit e. V., Postfach 11 64, 63551 Gelnhausen, Telefon 06051 89-0, Fax 06051 89240, E-Mail m.ott@burckhardthaus.de, Internet <http://www.burckhardthaus.de>

Mad or bad?! Von Symptomen und anderen (mitunter) verwirrenden Beziehungsangeboten ... 31. August und 1. September 2007 in Berlin. Seminargebühr 175,- Euro. Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Telefon 0221 511002, Fax 0221 529903, E-Mail dgsp@netcologne.de, Internet <http://www.psychiatrie.de>

Abenteuer — ein Weg zur Jugend? Das Fremde als Thema in der Abenteuer- und Erlebnispädagogik. VI. Bundesweite Fachtagung zur Erlebnispädagogik. 6. bis 8. September 2007 in Freiburg im Breisgau. Teilnehmergebühr 110,- Euro. Christophorus Jugendwerk Oberriemsingen, Im Jugendwerk 1, 79206 Breisach, Referent Tagungsbüro: Michael Siebert, Telefon 0170 8612651, Fax 07664 409-299, E-Mail info@fachtagung-erlebnispaedagogik.de, Internet <http://www.fachtagung-erlebnispaedagogik.de>

gaben. Leistungen der Hilfe zur Erziehung kosteten die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe 2005 insgesamt 4,8 Milliarden Euro (+ 0,6% gegenüber 2004). Zwei Drittel (rund 3,2 Milliarden Euro) dieser Ausgaben entfielen auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail pflege@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Studie belegt Langzeitwirkungen internationaler Begegnungen



Die Bedeutung internationaler Begegnungsprogramme für Jugendliche wurde jetzt zum ersten Mal in einer repräsentativen Studie von der Universität Regensburg nachgewiesen. Prof. Dr. Alexander Thomas ist im Rahmen des Forschungsprojektes »Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendaustauschprogrammen auf die Persönlichkeitsentwicklung« den Lern- und Entwicklungschancen systematisch nachgegangen. Durchgeführt wurde die Untersuchung im Auftrag der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) e. V. und finanziert von der Stiftung Deutsche Jugendmarke. Die Studie belegt, dass die Teilnahme an internationalen Jugendaustauschprogrammen eine erstaunlich nachhaltige Wirkung auf die Persönlichkeitsentwicklung ausübt:

- 48 Prozent der Befragten durch die Begegnung besser als zuvor unbekannte Situationen meistern.
- 50 Prozent sind offener gegenüber fremden Menschen geworden.
- 50 Prozent haben gelernt, sich in einer Gruppe einzubringen.
- 61 Prozent haben durch die Begegnung Hemmungen abgebaut, sich in einer Fremdsprache auszudrücken.
- 23 Prozent wurden dazu angeregt, eine neue Fremdsprache zu lernen.

Die Studie wurde als Buch veröffentlicht (Alexander Thomas/Celine Chang/Heike Abt: Erlebnisse, die verän-

dern. Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2006. 296 Seiten. 39,90 Euro. ISBN 978-3-5205-49094-5). In Kurzform stehen die Ergebnisse in zwei Flyern in Deutsch, Englisch und Französisch zur Verfügung. Die Flyer können beim Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland bestellt oder von deren Internetseite heruntergeladen werden.

Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland (IJAB) e. V., Godesberger Allee 142–148, 53175 Bonn, Telefon 0228 9506-0, Fax 0228 9506-199, E-Mail info@ijab.de, Internet <http://www.ijab.de>

Alkoholmissbrauch kostete mehr als 16.000 Menschen das Leben

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, starben im Jahr 2005 in Deutschland 12.233 Männer und 4.096 Frauen im Zusammenhang mit dem Konsum von Alkohol. Das sind rund zwei Prozent aller Sterbefälle. Im Jahr 2005 starben damit mehr Menschen im Zusammenhang mit Alkohol als durch Suizide (10.260) und tödliche Verkehrsunfälle (5.458) zusammen. Die häufigste alkoholbedingte Todesursache war die alkoholische Leberzirrhose mit 9.250 Gestorbenen. Be trachtet man die Entwicklung der Sterbefälle je 100.000 Einwohner, zeigt sich im Zeitverlauf eine uneinheitliche Entwicklung: Verstarben 1985 noch 12 Personen an alkoholbedingten Krankheiten, waren es 1995 bereits 21. 2005 lag die Sterblichkeit bei etwa 18 Personen. Männer (26) sterben deutlich häufiger an den Folgen überhöhten Alkoholkonsums als Frauen (9). In Bayern war mit etwa 13 Gestorbenen je 100.000 Einwohner im Jahr 2005 die niedrigste alkoholbedingte Sterblichkeit festzustellen, in Mecklenburg Vorpommern die höchste (34). Die Todesfälle, bei denen Alkoholkonsum mit zum Tode beigetragen hat, jedoch nicht als Hauptursache (Grundleiden) erkannt wurde, sind in den Zahlen über Alkohol als Todesursache nicht berücksichtigt.

Statistisches Bundesamt, Gustav Stresemann Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75 0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

45 Prozent der Bundesbürger spendeten im letzten Jahr

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland des vergangenen Jahres hat auch die Spendenbereitschaft der Deutschen auf hohem Niveau verbleiben lassen. Trotz Unsicherheit über die Zukunft und insbesondere die möglichen Folgen der zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung spendeten in den vergangenen zwölf Monaten 45 Prozent der Bundesbürger über 14 Jahre an internationale oder nationale Hilfsorganisationen. Im Zeitraum Oktober 2005 bis Oktober 2006 wurden in Deutschland von rund 29 Millionen Personen Privatspenden im Wert von rund 3,4 Milliarden Euro an gemeinnützige Organisationen gegeben. Hierbei wurde die Rekordhöhe der durchschnittlichen Spendenhöhe von 2005 (108 Euro) mit 119 Euro im zurückliegenden Jahr noch übertroffen, so dass die Gesamtspendensumme nur geringfügig kleiner ausfällt als in der Zeit der Naturkatastrophen in Südostasien (ca. 3,5 Milliarden Euro). Für die repräsentative Befragung zum Spendenverhalten der bundesdeutschen Bevölkerung führte TNS Infratest insgesamt 4.000 persönliche Interviews durch, in denen die Bundesbürger nach ihrem Spendenverhalten befragt wurden. Der Deutsche Spendenmonitor von TNS Infratest dient gemeinnützigen Organisationen in Deutschland seit zwölf Jahren als Informationsquelle rund um das Thema Spenden in Deutschland.

TNS Infratest Holding GmbH & Co. KG, Landsberger Straße 338, 80687 München, Telefon 089 5600-0, Fax 089 5600-1313, E-Mail fundraising@tns-infratest.com, Internet <http://www.tns-infratest.com>

Wie man Preise bildet für soziale Dienstleistungen

Leistungsanbieter, die im Hinblick auf das Persönliche Budget im nächsten Jahr besondere Angebote für Selbstzahler entwickeln wollen, stehen vor den gleichen Fragen wie andere Unternehmen auch: Was will der Kunde und was ist er bereit dafür zu bezahlen? Welche Preis- und Leistungsbestandteile müssen in meinem Preis enthalten sein? Und sind spezielle Angebote für eine begrenzte Kundenanzahl mittelfristig überhaupt attraktiv für unsere Organisation? Wolfgang Enderle, Geschäftsführer der Chiemgauer Lebens-

hilfe-Werkstätten GmbH, versuchte diese Fragen in seinem Vortrag auf einer Fachtagung des PARITÄTISCHEN Kompetenzzentrums Persönliches Budget am 5. und 6. Dezember 2006 in Fulda zu beantworten. Die Veranstaltung stand unter der Überschrift: »Abwarten ist keine Lösung: Auswirkungen des Persönlichen Budgets auf Leistungserbringer«. In seinem Referat erläuterte er die Vorteile und Nachteile unterschiedlicher Preisbildungssätze am Beispiel einer Werkstatt für behinderte Menschen. Seine Präsentation steht als PDF-Dokument zum kostenlosen Herunterladen auf der Website des Kompetenzzentrums zur Verfügung.

Internet <http://www.budget.paritaet.org> (Rubrik Leistungserbringer)

Neue Tagungsmöglichkeit in Frankfurt am Main: »hoffmanns höfe«

Im ehemaligen »Haus der Parität« in Frankfurt am Main gibt es wieder günstige Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeiten. Als der Gesamtverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nach der Wende seine Hauptgeschäftsstelle von Frankfurt am Main nach Berlin verlegte, stand das Gebäude teilweise leer. Die Tagungs-, Übernachtungs- und Büroräume wurden nun von der extra dafür gegründeten »gemeinnützigen gesellschaft für bildung und berufliche Integration mbh« übernommen. Mithilfe eines Integrationsbetriebs werden Nutzern aus der ganzen Wohlfahrtspflege, aus Wissenschaft und aus der Bildungsarbeit neue Möglichkeiten zum Tagen, Übernachten und zum dauerhaften Arbeiten angeboten. Kooperationspartner für »hoffmanns höfe« sind der Paritätische Wohlfahrtsverband — Gesamtverband e. V., der Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V., die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V., die Heinzelmännchen Wäschесervice und Dienstleistungsgesellschaft mbH, die Kombinierte Beschäftigungsgesellschaft für neue Arbeit/Kombinat GmbH und die Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH.

hoffmanns höfe, betrieb der gemeinnützigen gesellschaft für bildung und berufliche Integration mbh, Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main Telefon 069 6706-0, Fax 069 6706-202, E-Mail info@hoffmanns-hoefe.de, Internet <http://www.hoffmanns-hoefe.de>

Weltentwicklungsbericht 2007:
Entwicklungsländer sollten in Jugend
investieren

Experten der Weltbank raten armen
Ländern, Bildungs- und Gesundheits-
chancen von Jugendlichen zu verbessern.



Deutsche Stiftung **WELTBEVÖLKERUNG**

Fast ein Viertel der Weltbevölkerung ist heute zwischen 12 und 24 Jahre alt. Der größte Teil dieser Jugendgeneration — insgesamt 1,3 Milliarden junge Menschen — lebt in Entwicklungsländern. Arme Länder, die jetzt in Gesundheit und Bildung ihrer Jugend investieren, können mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum und einem massiven Rückgang der Armut rechnen, so der neue Weltentwicklungsbericht der Weltbank. Diese Investitionen würden in den nächsten 40 bis 50 Jahren maßgeblich den Kampf gegen die weltweite Armut beeinflussen. Die hohe Zahl junger Menschen in den armen Ländern eröffnet großartige Chancen, bergen aber auch Risiken, so François Bourguignon, Chefvolkswirt der Weltbank. Wenn die Jugendlichen keine Zukunftsperspektive haben, könnte es zu gesellschaftlichen Spannungen kommen. Zum Beispiel sei der Auslöser für den ethnischen Konflikt auf Sri Lanka ursprünglich die aufgestauten Unzufriedenheit tamilischer Studenten gewesen, denen der Zugang zu Universitäten sowie andere Möglichkeiten des staatsbürgerlichen Engagements verwehrt worden waren, so der Bericht.

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Göttinger Chaussee 115, 30459 Hannover, Telefon 0511 943730, Fax 0511 2345051, E-Mail: info@dsw-hannover.de, Internet <http://www.weltbevoelkerung.de>

Kennzahlen

»Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.«

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph
(1401–1464)

64.512

Zahl der Personen, die am 31. März 2006 eine Freiheits- oder Jugendstrafe in einer deutschen Justizvollzugsanstalt verbüßten

37

Zahl der kommunalen Satzungen (z. B. Satzungen über die Abwasserbeseitigung, die Hundesteuersatzung, Richtlinien für das Dorfgemeinschaftshaus, die Geschäftsordnung der Gemeinde sowie die Dienstanweisung für die Siegelführung) der Gemeinde Seeth-Ekholt (Landkreis Elmshorn Land, 859 Einwohner)

44

Zahl der Gläser Sekt, die im statistischen Durchschnitt im Jahr 2005 in Deutschland von jeder Person im Alter von 15 Jahren und älter getrunken wurden

109.736

Zahl der Wohnungseinbrüche in Deutschland im Jahre 2005

4.762

Zahl der in Deutschland im Jahr 2005 adoptierten Kinder und Jugendlichen

25.488.616.290

Betrag in Euro, der deutschen Regionen in den Jahren 2007 bis 2013 aus den Strukturfonds der Europäischen Union zur Verfügung stehen wird

22.801.000

Kosten in Euro, die im Jahre 2004 in Deutschland durch psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen verursacht wurden